

Niederschrift
der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 23.06.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Ende 19:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bernd Buxbaum

stellv. Vorsitzende/r

Herr Maximilian Schwarz

Mitglieder

Herr Michael Adomeit

Herr Frank Fanter

Herr Rüdiger Kuhn

Herr Daniel Ruddies

bis 18:45 Uhr

Vertreter

Herr Thomas Schulz

Vertretung für Herrn Rocco Pantermöller

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Frau Susanne Kleine

Herr Andre Kretzschmar

Herr Rainer Lange

Gäste

Herr Volker Zeitz

Frau Mülling

Frau Martens

Herr Eike Sadewater

Herr Jens Rademacher

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 19.05.2022
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Position des Dehoga Regionalverbandes Stralsund hinsichtlich der Übernachtungssteuer
- 4.2** Sachstand Wirtschafts- und Wissenschaftscampus
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Buxbaum teilt mit, dass Herr Rademacher als Vertreter der IHK Stralsund unter TOP 4.1. ebenfalls eine Stellungnahme zur Übernachtungssteuer abgeben möchte. Aus dem genannten Grund stellt Herr Buxbaum einen Antrag auf Rederecht für Herrn Rademacher, welches einstimmig beschlossen wird.

Die Tagesordnung wird mit der genannten Ergänzung bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben am 19.05.2022

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Position des Dehoga Regionalverbandes Stralsund hinsichtlich der Übernachtungssteuer

Herr Buxbaum gibt einführende Worte zum Thema.

Herr Sadewater bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit, im Ausschuss eine Stellungnahme der DEHOGA abgeben zu können. Er geht auf die Auswirkungen der Corona Pandemie und der Ukraine Krise ein.

Herr Sadewater teilt mit, dass in seinen Unternehmen in der Hansestadt Stralsund ca. 150 Mitarbeiter angestellt sind. Er merkt an, dass in naher Zukunft durch die immense Erhöhung der Preise für Gas und Strom, sowie ab Oktober durch die Erhöhung des Mindestlohnes, enorme Mehrkosten auf ihn zukommen.

Den Antrag der Fraktion Bürger für Stralsund erachtet er als nicht zielführend. Er merkt an, dass der Tourismus nicht die Beherbergung von Gästen allein ist. Am Tourismus hängt ebenfalls der Einzelhandel, die Gastronomie, Kultur etc. Laut Herrn Sadewater wird die Übernachtungssteuer nicht vom Gast bezahlt, sondern von den Unternehmen. Eine Erhöhung des Übernachtungspreises sei momentan keinesfalls möglich.

Sollte die Übernachtungssteuer beschlossen und umgesetzt werden, sieht Herr Sadewater keine Möglichkeit, sein Geschäft auf diese Art und Weise weiter zu praktizieren. Herr Sadewater verdeutlicht, dass er sich nicht gegen eine Abgabe, welche den Tourismus refinanzieren soll, sperrt. Er sieht die Übernachtungssteuer als falsches Mittel an. Er schlägt als Refinanzierung des Tourismus die Einführung einer Kurtaxe vor, da diese Abgabe direkt vom Gast bezahlt wird.

Herr Sadewater kritisiert, dass eine Einführung der Übernachtungssteuer lediglich die Hotels in Stralsund und nicht die Ferienwohnungen betrifft. Er merkt an, dass es viele Ferienwohnungen gibt, welche den Großteil an Übernachtungen in Stralsund ausmachen. Er plädiert für eine Abgabe von allen Personen, die die Hansestadt Stralsund nutzen.

Herr Buxbaum teilt mit, dass die Verwaltung vor 3 Jahren ermittelt hat, dass in 36 Betrieben die Übernachtungssteuer Anwendung finden würde. Herr Sadewater bittet in diesem Zusammenhang um Aktualisierung der Daten.

Herr Rademacher teilt im Namen der Industrie- und Handelskammer mit, dass diese die Übernachtungssteuer kategorisch ablehnt. Er trägt vor, dass diese Steuer wirtschaftlich gesehen den Falschen trifft. Herr Rademacher merkt an, dass es in der Corona Pandemie die größten Einschränkungen in dem Gastgewerbe gab. In den Bilanzen sind große Löcher entstanden, welche in den nächsten Jahren aufgearbeitet werden müssen. Die Belastung durch eine zusätzliche Abgabe in Form einer Übernachtungssteuer sei diesem Gewerbe augenblicklich nicht zumutbar. Laut Herrn Rademacher ist der Gast zwar der wirtschaftliche Träger solch einer Steuer, jedoch wird die Leistung teurer und somit tendenziell weniger nachgefragt. Aufgrund des immensen Kostendrucks stellt sich die Frage, ob die Betriebe diese Steuer überhaupt umlegen können. Er verweist auf die Gewerbesteuer, mit welcher sich die Betriebe an dem Haushalt der Stadt bereits beteiligen. Herr Rademacher sieht einen Widerspruch der Stadtvertreter hinsichtlich der kostenfreien Sondernutzungen und der nun angeordneten Übernachtungssteuer.

Weiterhin sieht Herr Rademacher die Umsetzung der Übernachtungssteuer als einen erheblichen bürokratischen Aufwand an. Er verweist auf eine gutachterliche Stellungnahme zur geplanten Einführung einer Übernachtungssteuer in Heidelberg, welche aussagt, dass die Einführung einer Übernachtungssteuer unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen als auch kommunalen Betrachtungsweise nicht empfohlen wird. Das Gutachten wird der Niederschrift angefügt.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Radmacher die Verwaltung, im Vorfeld der Satzung die Bürokratie- und Vollzugskosten zu ermitteln sowie andere Möglichkeiten einer Abgabe zu eruieren.

Herr Kuhn sieht lediglich den Verwaltungsaufwand als Gegenstellung an. Er bezweifelt, dass die Touristen aufgrund der Einführung der Übernachtungssteuer fernbleiben. Er verweist darauf, dass auch in den Gaststätten die Preise angehoben wurden, aber keine rückläufige Tendenz zu sehen ist.

Herr Sadewater entgegnet dazu, dass die Nachfragen im Vergleich zu den Vorjahren sehr deutlich gesunken sind. Er wiederholt, dass er als Unternehmer die Übernachtungssteuer zahlt, da eine Anhebung der Preise einen weiteren Rückgang der Nachfrage nach sich ziehen würde. Er bittet in diesem Zusammenhang, an die Arbeitsplätze der Stralsunder Bürger und Bürgerinnen zu denken, welche bei Schließungen der Betriebe wegfallen würden.

Herr Adomeit regt an, Vertreter aus der Landeshauptstadt Schwerin oder der Hansestadt Wismar in den Ausschuss einzuladen, welche die Übernachtungssteuer bereits eingeführt haben. Auf Nachfrage von Herrn Adomeit teilt Herr Rademacher mit, dass in Schwerin sowie auch in Wismar die Steuer 5% vom Nettopreis beträgt. Herr Adomeit verweist auf das aktuelle Gerichtsurteil des Bundesgerichtshofes, welches bestätigt, dass die Übernachtungssteuer mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Herr Ruddies teilt mit, dass die Übernachtungssteuer untauglich für die Refinanzierung des Tourismus ist. Er merkt an, dass mehr Tagestouristen als Übernachtungsgäste in der Stadt unterwegs sind und plädiert für die Einführung einer Kurtaxe. Er bestätigt, dass die Umsatzzahlen bei den Hotels zurückgegangen sind, da die Menschen als erstes an dem Urlaub sparen.

Herr Schulz merkt an, dass die Diskussion ohne Vorlage der Satzung nicht zielführend ist, da genaue Inhalte dieser noch nicht bekannt sind. Er verweist darauf, dass diese Steuer vom Gast getragen wird und nicht von den Betrieben. Der Übernachtungspreis wird bei den Buchungen meist deutlich erkennbar aufgegliedert. Er ist der Meinung, dass die Menschen nicht den Urlaubsort danach auswählen, ob eine Übernachtungssteuer erhoben wird oder nicht. Dem Einwand von Herrn Rademacher hinsichtlich dem erheblichen Mehraufwand der Bürokratie kann Herr Schulz nicht folgen. Herr Schulz verdeutlicht, dass nicht nur auf die Bevölkerung, sondern auch auf die Hansestadt Stralsund Mehrkosten in sämtlichen Bereichen zukommen, welche mit den Einnahmen der Übernachtungssteuer ausgeglichen werden könnten.

Herr Sadewater entgegnet, dass der Gesamtzimmerpreis bei den Menschen fokussiert wird.

Herr Adomeit beantragt das Ende der Diskussion.

Herr Buxbaum bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Sachstand Wirtschafts- und Wissenschaftscampus

Herr Lange teilt mit, dass der B-Plan 69 im zweiten Halbjahr 2022 ausgelegt und im Anschluss im ersten Halbjahr 2023 zum Satzungsbeschluss geführt wird. Zum zweiten Halbjahr 2023 soll dieser nach dem Beschluss der Bürgerschaft rechtskräftig werden.

Herr Lange geht auf den Makerport ein, welcher sich in der Stadt etabliert hat.

In der Vergangenheit wurden 2 Förderanträge gestellt. Diese Anträge sind im Landesförderinstitut (LFI) eingegangen und registriert. Jedoch werden dort Unterlagen benötigt, welche aufeinander aufbauen. Das Raum- und Funktionskonzept wurde eingereicht, jedoch ist bis zum heutigen Tag noch keine Rückantwort eingegangen, sodass die weiteren Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Herr Lange schätzt ein, dass frühestens in 3 Jahren mit dem Bau begonnen werden kann. Je nach Fördersatz werden schätzungsweise 15 Mio. EUR Eigenanteil benötigt, welche in den Haushalt eingeplant werden müssen.

Herr Lange merkt an, dass die Stadt wenige freie Büroflächen hat. Im September wird die gesamte IT-Branche eingeladen um den Bedarf zu ermitteln. Es wird versucht, im Bestand Lösungen zu finden bzw. ist ein kurzfristiger Neubau angedacht.

Auf Nachfrage von Herrn Schwarz hinsichtlich der Finanzierung des Makerports teilt Herr Lange mit, dass die Personalkosten für 3 bzw. 4 Personen für die nächsten 4 Jahre finanziert sind. Es ist angedacht, in der 2. Etage des Gebäudes der Wirtschaftsförderung Büroräume für den Makerport zur Verfügung zu stellen. Sofern finanzielle Mittel vorhanden sind, wird ein kleiner Umbau erfolgen.

Herr Schwarz möchte diesbezüglich den zeitlichen Rahmen wissen. Daraufhin teilt Herr Lange mit, dass dies möglichst zeitnah geschehen soll.

Herr Schwarz möchte weiterhin erfahren, ob es Überlegungen gibt, auf dem Gelände der ehemaligen Volkswerft Büroflächen zu vermieten. Herr Lange merkt dazu an, dass es diesbezüglich Überlegungen gibt, jedoch baurechtlich schwierig ist. Weiterhin ist dieses Gelände

als Gewerbe- und Industriepark mit Schwerpunkt maritime Wirtschaft und metallverarbeitende Industrie angedacht.

Der Ausschussvorsitzende trägt die Fragen von Herrn Kuhn vor:

Gegenwärtig ist das Büroangebot für IT-Neuansiedler und Start Up Gründer katastrophal. Im Vergleich mit Wismar, Greifswald und Neubrandenburg bildet Stralsund ein Schlusslicht. Darum bedarf die Errichtung des Campus höchste Priorität. Wie ist eine Beschleunigung zu realisieren? Welche Voraussetzungen sind für eine maximale Förderzuwendung erforderlich? Was wurde bisher eingeleitet? Wie ist der Sachstand?

Herr Lange teilt dazu mit, dass eine Beschleunigung sehr schwierig zu erreichen ist, da die Unterlagen für die Beantragung der Förderungen sehr umfangreich sind. Diese hängen an vielen Sachverhalten, welche aneinandergelknüpft sind. Die maximale Förderung kann erreicht werden, indem der Campus ausschließlich Existenzgründern und/oder Start-Ups zur Verfügung steht. Da dieser Bedarf jedoch nicht so groß ist, würden weniger Räumlichkeiten benötigt. Es soll jedoch so sein, dass die ansässigen großen und kleinen Firmen sich gegenseitig partizipieren. Durch gestaffelte Miete für die Existenzgründer und Start-Ups sowie eine marktübliche Miete der Bestandsfirmen kann der erhöhte Eigenanteil bei weniger Förderung ausgeglichen werden.

Herr Buxbaum bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Buxbaum informiert, dass Frau Claudia Müller der Einladung in den Ausschuss folgt und somit am 17.11.2022 teilnehmen wird. Er bittet die Mitglieder, im Vorfeld Fragen zu überlegen, welche ihr übermittelt werden können.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die bevorstehende Informationsveranstaltung am 28.06.2022 um 17:30 Uhr zusammen mit dem zeitweiligen Ausschuss Volkswert.

Auf Kritik von Herrn Adomeit hinsichtlich der Verschiebung der Uhrzeit der heutigen Ausschusssitzung entgegnet Herr Buxbaum, dass es sich um eine Ausnahme handelt. Es wird angestrebt, dass die kommenden Sitzungen wie gewohnt um 17 Uhr stattfinden.

Herr Adomeit erinnert an das Thema Geothermie. Er bittet diesbezüglich, in der Ausschusssitzung nach der Sommerpause (11.08.2022) dies auf die Tagesordnung zu setzen und einen Vertreter der SWS Stadtwerke Stralsund einzuladen.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlagen H 0080/2022 sowie H 0081/2022 gemäß Beschlussvorschlag dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben.

gez. Bernd Buxbaum
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung